

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Anpassung der Elterngeldbeiträge aussetzen!

Am 11. Oktober 2012 beschloss die Sozialdeputation, gegen die Stimmen der Opposition und trotz Bedenken der Zentralen Elternvertretung und der Träger die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen im laufenden Kindergartenjahr zum 1. Januar 2013 zu erhöhen. Dies war aus ihrer Sicht nötig, um die durch einen Koalitionskompromiss im Sozialhaushalt fehlenden Mittel zum U3-Ausbau wieder auszugleichen.

Die bereits in der Junisitzung der Deputation 2012 vorgelegten Beitragstabellen mit 20 Beitragsstufen für verschiedene Einkommensklassen der Eltern sind wenig ausdifferenziert und belasten vor allem kinderreiche Familien im mittleren Einkommenssegment. Anders als in anderen Kommunen wird zudem das Kindergeld bei der Berechnung des Einkommens der Eltern mit einbezogen. Die Einkommensobergrenze der Eltern von 70.560 Euro, die vom Ressort willkürlich festgelegt wurde, lässt insbesondere in der Differenzierung nach oben deutliche Spielräume zu. Die neuen Beitragstabellen sind deshalb sozial unausgewogen und treffen Eltern mit mehreren Kindern besonders hart.

Die Erhöhung der Elternbeiträge im laufenden Kindergartenjahr führte zudem in den letzten Wochen zu einer erheblichen Verunsicherung der Eltern, die sich nicht ausreichend informiert fühlten und in diesem Kontext rechtliche Probleme beklagten. Einige Eltern haben bereits Widerspruch eingelegt. Auch die Träger der Kindertageseinrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen wiesen bereits vor der Erhöhung der Gebühren auf einen deutlichen administrativen Mehraufwand hin, der nicht zu rechtfertigen sei.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) beschließen:

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf,

1. die nicht ausgereifte Erhöhung der Elternbeiträge zum 1. Januar 2013 bis zum Ende des laufenden Kindergartenjahres auszusetzen und Eltern und Träger umgehend darüber zu informieren.
2. der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zum 1. August 2013 unter beratender Einbeziehung der Träger und Elternvereine eine sozial ausgewogene und stärker ausdifferenzierte Anpassung der Elternbeiträge vorzunehmen, die auch die besonderen Belastungen von Familien mit vielen Kindern berücksichtigt.

Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU